

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nekamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 27. November 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Wölfe, Gadenstein & Bogler, G. L. Dube,
Invalidenbank, Berlin. Bernh. Arndt, Mar. Gerthmann,
Elberfeld. B. Thienens, Greifswald. G. Jüles, Halle a. S.
Jul. Ward & Co. Hamburg. Joh. Nothnagel, A. Steiner,
William Willems, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler, Kopenhagen. Aug. J. Wolff & Co.

Vierte ordentliche Generalsynode.

Sitzung vom 26. November.

Die heutige vierte Plenarsitzung wurde um 1 1/4 Uhr von dem Präsidenten Zieten eröffnet. Die Andacht hielt General-Superintendent D. Braun-Königsberg. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht der I. Kommission über den nachfolgenden Gesetzentwurf betr. einen Zusatz zu § 45 der Generalsynodal-Ordnung. Derselbe lautet: „Der § 45 der Generalsynodal-Ordnung vom 20. Januar 1876 erhält am Schlusse folgenden Zusatz: Für Wahlkreise, in denen die Wahl durch die vereinigten Kreis-synoden des Verbandes mit besondern Unzulänglichkeiten verknüpft ist, kann auf Antrag einer oder mehrerer Kreis-synoden des Verbandes durch ein von der Provinzialsynode zu erstellendes Statut die Wahl der von dem Wahlkreise in die Provinzialsynode zu entsendenden Abgeordneten nach einem regelmäßigen Wechsel auf die einzelnen Kreis-synoden des Wahlkreises verteilt werden. Das Statut bedarf zu seiner Gültigkeit der Bestätigung des Evangelischen Oberkirchenraths.“ — Der Referent Synodale Segel befürwortet den Antrag der Kommission auf Annahme dieses Zusatzes zu § 45. — Synodale Reimer empfiehlt die Vorlage zur Annahme in der Hoffnung, daß von derselben niemals Gebrauch gemacht werden wird, denn die Erfahrungen, die in dieser Beziehung in den Stettiner Kreis-synoden gemacht worden sind, ermutigen nicht zur Nachahmung. Synodale D. Weichling spricht sich in sehr warmer Weise für die Annahme des Entwurfes aus, der einem dringenden Wünsche vieler jüdischer Kreis-synoden entspricht. Synodale Hahn stellt den Antrag: einzuschalten: „Das Statut bedarf zu seiner Gültigkeit der Bestätigung des durch den General-Vorstand erweiterten Ev. Oberkirchenraths.“ — Der königl. Kommissionsrat warnt vor Annahme des Antrages Hahn, der die Verwaltung sehr erschweren würde. — Syn. Hahn vermag eine Erschwerung der Verwaltung durch Annahme seines Antrages nicht anzuerkennen. Unter Ablehnung des Zusatzes Hahn wird der Gesetzentwurf mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen. Es folgt die Beratung eines Antrages, im Abs. 3 des § 11 der Kirchen-Gemeinde- und Synodal-Ordnung eine Zusatzbestimmung einzuschalten. Der Antrag ist von der Provinzialsynode der Provinz Pommern gestellt und lautet: „Ist zu der ersten Sitzung die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Mehrheit des Gemeindefürsienraths nicht erschienen, so ist die zur Verhandlung über denselben Gegenstand von dem Vorstehenden durch schriftliche Einladung berufene zweite Versammlung bei Anwesenheit dreier Mitglieder, einschließlich des Vorstehenden, beschlußfähig. Bei der Zusammenberufung zur zweiten Sitzung muß ausdrücklich auf diese Bestimmung hingewiesen werden.“ — Der Referent befürwortet den Antrag der I. Kommission: den Antrag der Provinzialsynode der Provinz Pommern dem Evangelischen Oberkirchenrat zur Erwägung zu überweisen. — D. Weika hält es nicht für ratsam, um eines nicht einmal allgemein empfundenen Mißstandes willen eine Aenderung der Verfassung vorzunehmen, und stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Synodale Böhmke hält sich als Mitglied der ostpreussischen Provinzialsynode für verpflichtet, für den Antrag einzutreten. Der Antrag Weika auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Der Bericht des Syn. Rönig über die im Bericht des Generalsynodal-Vorstandes noch nicht erledigten Beschlüsse der Generalsynode von 1891 und 1894 giebt dem Syn. Stöcker Veranlassung zu folgenden Bemerkungen: Der Generalsynodal-Vorstand ist im Jahre 1895 nicht ein einziges Mal zusammengetreten, und in dieses Jahr fällt der zweite Erlaß des Evangelischen Oberkirchenraths in Bezug auf die Theilnahme der Geistlichen an der Lösung der sozialen Aufgaben unserer Zeit. Dieser Erlaß stellt eine Korrektur einer früheren Meinungsäußerung des Evangelischen Oberkirchenraths dar. Der Erlaß hatte ursprünglich Gestalt gewinnen können, wenn der Generalsynodal-Vorstand oder Generalsynodal-Rath zur Meinungsäußerung herangezogen worden wäre. Man kann es verstehen, daß die oberste Kirchenbehörde den Augenblick wahrgenommen hat, um in dieser Angelegenheit ihr maßgebendes Wort hören zu lassen, aber zwischen dem Erlaß von 1890 und demjenigen von 1895 ist doch ein gewaltiger prinzipieller Unterschied, daß es nicht möglich ist, sie mit einander irgendwie zu vereinigen. Der erste Erlaß von 1890 wies den Geistlichen eine ganz bestimmte, im höchsten Maße soziale Aufgabe in unserer Zeit zu; der von 1895 stellt sie dar als Diener einer rein religiösen, sittlich und individualistisch wirkenden Kirche. Entweder ist die eine Auffassung der Kirche richtig oder die andere. Ich stehe auf dem Standpunkte des Erlasses von 1890, und ich begreife nicht, wie die Behörde im Jahre 1895 einen Erlaß veröffentlichte, der sich prinzipiell von dem ersten Erlasse unterscheidet. Zu wünschen wäre es, daß der Erlaß des Evangelischen Oberkirchenraths der Generalsynode unterbreitet würde. Die evangelische Kirche kann sich unmöglich von den sozialen und politischen Aufgaben des Lebens wegdrehen lassen, schon deshalb nicht, weil wir eine Staatskirche sind. Andernfalls würde man sich für das öffentliche Leben unfähig und bankrott erklären, und das ist um so weniger möglich, weil die katholische Kirche ihre Priester in hervorragender Weise zur Lösung der sozialen Aufgaben der Zeit heranzieht. Dies würde bedeuten, daß die Reformation aufgehört würde, der beherrschende Geist des öffentlichen Lebens in Deutschland zu sein. — Eine andere Angelegenheit ist die: Ich habe aus zuverlässiger Quelle gehört, daß der Evangelische Oberkirchenrat kürzlich eine Synodale Deputation bestellend hat, ohne daß der Synodalvorstand herangezogen worden ist. Die Synodale Deputation bei Besetzung dieser Reiter darf nicht umgangen werden, und es wäre zu wünschen, daß bei der Besetzung der Synodale Deputation sich eine bessere Vorbereitung zeigte. Wie es jetzt gehandhabt wird, bedeutet es nicht eine Unterdrückung des synodalen Elements, sondern eine überflüssige Dekoration. Auf der Zusammenkunft zwischen Synodalinstanz und Kirchenregiment beruht die volkstümliche Zukunft unserer Kirche.

Präsident des Oberkirchenraths Dr. Barthhausen: Der erste Vorwurf des Vorredners richtete sich darauf, daß der Generalsynodal-Vorstand seit einem Jahre nicht berufen worden sei.

Wenn man die Entwicklung der Kirche verfolgt, so zeigt es sich, daß kein Vorwurf ungerechter ist, als dieser. Die Zahl der synodalen Verhandlungen mit dem Evangelischen Oberkirchenrat ist eine wesentlich größere als früher. In der Zeit 1879—85 haben 7 gemeinsame Sitzungen stattgefunden, in denen 20 Gegenstände beraten wurden, 1885—1891 9 gemeinsame Sitzungen mit 27 Gegenständen, 1891—1894 10 gemeinsame Sitzungen mit 36 und 1894—1897 10 gemeinsame Sitzungen mit 43 Gegenständen. Ich bin durchaus für ein solches Zusammenkommen, denn wir haben uns sehr gut dabei verstanden. Dem Vorredner kam es aber wohl hauptsächlich darauf an, den sozialen Erlaß zur Sprache zu bringen. Als der Erlaß von 1895 erging, ward sofort von einer Zeitung das mot d'ordre ausgeben: der Erlaß sei schädlich und verwerflich für die Kirche und sei wohl nur aus Konvenienz für den Staat ergangen. Was ist eine direkte Unwahrheit! Diese Frage war im Evangelischen Oberkirchenrat lange Zeit bestritten, und von allen Seiten waren die Schäden anerkannt worden, die in Folge des ersten Erlasses in der Erscheinung getreten waren. Schon 1893 war in Aussicht genommen worden, ein warnendes Wort an die Geistlichen zu erlassen, man hat davon nur Abstand genommen, um bei der Erregung, die die Abgabenfrage verursachte, nicht noch böses Blut zu machen. Unwahr ist die Behauptung, daß wir uns in das Schlepptau des Staates haben nehmen lassen. Kein Mann des Staates hat in dieser Frage irgend welchen Einfluß auf uns auszuüben versucht, meine sämtlichen Kollegen stehen in dieser Frage so wie ich. Unser Erlaß ist von den staatlichen Instanzen zunächst feindselig mit großer Freude begrüßt worden, von keiner Stelle der Regierung haben wir ein Wort der Aufmunterung erhalten. Meine Kollegen und ich werden, so lange wir an unseren Plätzen sind, immer auf eigenen Füßen stehen, nicht aber auf den Füßen des Staates. (Beifall.) Ich befreite, daß der Erlaß von 1895 im Widerspruch mit dem Erlaß von 1890 steht. Das ist unwahr! Wer lesen kann, wird finden, daß wir an dem festhalten, was 1890 gesagt ist und nur einen einzigen Punkt zurücknehmen. Wo ist dieser Gegensatz? Niemals ist den Geistlichen verboten worden, soziale Arbeit zu treiben, wir haben uns nur gegen die soziale Agitation gewendet, die eine ganze Anzahl von jungen Leuten betreibt hat. (Beifall.) Was uns nicht die Erwägung bezieht? Haben wir nicht gesehen, wohin Männer kommen, die ohne gehörige volkswirtschaftliche Vorbildung eine wichtige soziale Thematik auf ihre Schuttern laden? (Sehr wahr!) Haben wir nicht gesehen, wohin es führt, wenn sich solche jungen Leute in Liebesrath und mit dem Mangel an reifem Urtheil in eine Thätigkeit begeben, die zum Verderben führen muß? Wir haben geglaubt, daß wir uns in erster Reihe mit denjenigen unterhalten müssen, die den Verhältnissen am nächsten stehen: mit den Superintendenten und den Konsistorien, und der Erlaß ist der Niederlage der Majorität, die wir diesen Herren verdanken. Der Erlaß wird Ihnen mitgeteilt werden, ebenso die Ansprache von 1890. Unsere Stellung in Bezug auf die soziale Frage ist eine absolet feste und wir lassen uns aus befehlen nicht herausdrängen. (Beifall.)

Syn. Stöcker: Ich muß es zurückweisen, daß der Präsident des Oberkirchenraths mit unzutreffender Begründung für meine Bemerkungen untergeschoben hat. Ich wollte lediglich die Zweckmäßigkeit eines Zusammenwirkens der Konsistorien und synodalen Elemente nahe legen. Der Widerspruch zwischen den Erlassen von 1890 und 1895 ist so eklatant, daß ich die Ausföhrung des Präsidenten gar nicht begreife. (Unruhe.) Der Erlaß von 1890 ging davon aus, daß gegenüber dem verwerflichen sozialdemokratischen Einfluß eine Gegenwirkung im Großen von der Kirche ausgeübt werden müsse. Den Geistlichen wurden ganz bestimmte Wege gewiesen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Irreföhrung und sie werden geradezu darauf hingewiesen, in das agitatorische Treiben der Volksversammlungen hinzuzutreten. (Widerpruch.) Nun haben die Geistlichen von dieser Anweisung einen solchen Gebrauch gemacht, sie haben gethan, was ihnen befohlen war und haben es nicht verstanden! Der Erlaß von 1895 bildet den direkten Gegensatz hierzu. Ich frage, mit welchem Recht der Oberkirchenrat die evangelische Kirche zurückhalten will von der Behandlung von Fragen, die das innerste Wesen der Kirche beröhren? Ich vermute die „Seligkeit“ in den beiden Erlassen durchaus.

Präsident Barthhausen: Wenn man zwei Sätze aus dem Erlaß herausreißt, so kann man alles Mögliche daraus folgern! (Sehr wahr!) Ich habe selbst angegeben, daß ein einziger Punkt geändert worden ist, weil wir gesehen haben, daß Unheil daraus entspringt, daß Unruhe in die Reihen unserer Geistlichen gekommen war, die verhängnisvoll werden konnte. Warum soll es nicht vorkommen, daß man sich bei einem solchen Erlasse in einem Punkte irt?

Syn. Stöcker: Mir scheint der Irrthum nicht in dem Erlaß von 1890, sondern in dem von 1895 zu liegen. (Beifall.)

Auf Antrag des Syn. Heffter drückt die Verammlung dem Generalsynodalvorstand ihren Dank für seine Thätigkeit und seinen Bericht aus.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.

Die Skandalssenen im österrichischen Abgeordnetenhanse

nehmen immer größere Dimensionen an, über die geföhrigen widerlichen Ausföhrte haben wir bereits einige Telegramme in letzter Kammer veröffentlicht, heute liegen weitere Mittheilungen vor. So wird der „Voss. Ztg.“ über den Beginn der gestrigen Sitzung gemeldet:

Als um 11 1/2 Uhr Vormittags Präsident Abrahamowicz den Sitzungssaal betrat, wurde er von den sozialistischen Abgeordneten mit kräftigen Pfuirufen empfangen; die Linke verhielt sich still. Plöblich springt der Sozialist Werner über den Ministerisch, eilt zum Präsidenten, ergreift mit rauchem Griff die Papiere auf dem Präsidententisch; ihm nach stürmen alle Sozialisten unter Pfuirufen die Präsidentenstraße. Werner stößt Abrahamowicz weg, so daß er über einige Stufen fällt. Inzwischen eilen Diener und Abgeordnete dem bedrängten Präsidenten zu Hölfe; Werner wird von allen Seiten gepackt, gezerrt, gestößen, geschlagen. Er wird schließlich

zugerichtet. Dabei thut sich der Jungegehe ldrzal hervor, der wie wahnfinnig auf ihn losdröht. Werner wird schließlich, stark sich wehrend, von Dienern aus dem Saal getragen. Inzwischen halten die Sozialisten den Präsidententisch besetzt und weisen wiederholte Anstöße der Diener, sie zu vertreiben, zurück. Präsident Abrahamowicz und die Minister Wadeni und Gaudich berathen in erregter Stimmung, was zu geschehen habe. Endlich giebt Abrahamowicz einem Polizeibeamten den Auftrag, den Präsidententisch zu räumen. Im Lauffchritt rückt die 60 Mann starke Polizei an und besetzt von beiden Seiten die Präsidententribüne. Dann begiebt sich ein Polizeibeamter zu den dort lächelnd stehenden Abgeordneten, um sie zum Verlassen der Tribüne aufzufordern. Die Linke beglückte die Wade mit hümmischen Pfuirufen und hümmischem Beifallsclaffen, auch die Gallerie theilte sich an den Pfuirufen. Die Sozialisten weigern sich, den Platz zu verlassen, worauf die Wade vorrückt und die Sozialisten, die sich heftig wehren, herunterstößt. Einer nach dem anderen wird gefoßt und gewaltiam aus dem Saal befördert. Abgeordneter Kozakiewicz läßt sich mit verdrückten Armen aus dem Saal tragen. Daszynski, der als letzter zurückbleibt, wehrt sich wie ein Löwe. Zwischen Polizeibeamten und einzelnen Abgeordneten der Linken entfehen heftige Streitigkeiten. Nach einer Weile kehren die Sozialisten zurück, die man auf den Gängen nieder entlassen hatte, im Saal von der Linken begrüßt. Dann will man Wolf und Götchner (deutschfortschrittlich) entfernen, was aber nicht gelingt. Die Polizisten besetzen den Platz vor der Ministerbank und dem Präsidium. Nun wird die Nennung der zweiten Gallerie befohlen. Die Abgeordneten der Opposition rufen der Gallerie zu: „Dableiben!“ Man winkt ihnen mit Taschentüchern zu, auf den Gallerien wird zurückgewinkt. Ein Zuhörer hält Ansprachen, man hört rufen: „Nieder mit den Wadentien!“ Nach einer Viertelstunde ist die zweite Gallerie geräumt.

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung wird gemeldet:

Nach 1 1/2 Uhr kamen die Minister wieder in den Saal, links von hümmischen Zurufen empfangen. Neben der Ministerbank steht ein Geheimagent in Zivilkleidung, während die im Saale verbliebenen Polizisten in voller Uniform waren. Pommer (deutschnational) schreit zur Rechten: „Ihre Schutze habt die Freiheit verkauft!“ Nun erhebt sich Abrahamowicz, um die Sitzung wieder zu eröffnen. Es eröbnen hümmische Pfuirufe. Man schlägt auf die Tribüne und ruft dem Präsidenten zu: „Gleber Schutze! Gleber Schutze! Gott mit ihm! Hinaus mit ihm! Abzug mit dem Hochverrätzer!“ Von diesem Schutze wollen wir kein Wort mehr hören! Daszynski: „Gleber Schutze du!“ Präsident Abrahamowicz macht einen vergeblichen Versuch zu sprechen. Nun wird Polizeioberkommissar Schmid zum Präsidenten berufen; man sieht an einer Handbewegung, daß dieser einen Aufst. giebt. Der Polizeibeamte geht mit sechs Wacheleuten auf Wolf zu und ruft ihm zu, er sei aus dem Saal zu entfernen und habe das Haus zu verlassen. Wolf erwidert, er weiche nur der Gewalt, worauf ihn die Polizisten umringen und unter hümmischen Pfuirufen der Linken und einer Beifallsjahe der Rechten aus dem Saale föhren. Die größte Entföhrung zeigt Götchner. Der Polizeibeamte tritt auf einen Winkel des Präsidenten an Götchner heran. Dieser erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen, er hebt die Fäuste in die Höhe und bleibt auf dem Platze. Der Beamte begiebt sich achselzuckend zur Ministerbank, Götchner bleibt im Saale. Präsident und Minister verlassen den Saal. Die Aufregung der Linken ist unbeschreiblich. Bald darauf erscheinen die Polizisten, die Wolf abgeföhrte haben, wieder im Saale, mit hümmischen Pfuirufen empfangen. Um 1 Uhr betritt Abrahamowicz wieder den Saal, mit wüthendem Brüllen und Toben empfangen, alles schlägt auf die Tribüne. Der Oberkommissar eilt zum Präsidenten und spricht mit ihm; das empört die Linke neuerlich, die Tümmte steigern sich zur Majerei. Der Präsident will die Verhandlung beginnen; neue Pfuirufe. Oberkommissar Schmid tritt obermals zum Präsidenten, der mit ausgestrecktem Arm nach links deutet. Da sieht man, wie der zweite Oberkommissar Baron Gornp das Kommando zum Abziehen der Wache aus dem Saale erteilt, worauf die Wache abzieht. Sofort erschallt links der Ruf: „Mache!“ Mehrere Abgeordnete erheben beschwichtigend die Hände. Daszynski ruft zum Präsidenten: „Sie alter Verbrecher! Sie Hochverrätzer gehören ins Zuchthaus!“ Schönerer beginnt wieder mit dem Pulze zu schlagen. Endlich tritt wieder eine Pause ein. Abrahamowicz ruft: „Ich bitte, meine Person nicht zu veröschonen (dabei bietet er mit einer Konstantinensherbe dem Hause seine Brust), nur den Sitz, den ich einnehmen die Ehre habe, bitte ich zu veröschonen!“ Daszynski: „Sie feiger Kerl, Sie gehören ins Zuchthaus, aber nicht ins Parlament!“ Die Sozialisten erheben einen hümmischen Lärm. Der Präsident erteilt dem Abg. Störigk das Wort. Daszynski ruft immerwährend: „Sie gehören ins Zuchthaus!“ Abrahamowicz: „Ich schließe Daszynski für drei Tage aus.“ Stürmischer Lärm. Man sieht den Ordner Lang zu Daszynski gehen; dieser ruft ihm zu: „Zurück. Sie haben hier nichts zu suchen!“ Hierauf wird die Polizei wieder gefoßt. Daszynski steht mit verdrückten Armen mitten in seiner Bank, da fassen ihn die Polizisten, föhren ihn aus der Bank und schleppen ihn zur Thür hinaus. Es vergehen weitere fünf Minuten. Abrahamowicz erscheint im Saale. Die Ministerbank ist leer. Der Präsident wird mit neuen Tümmeln empfangen, man ruft: „Feiger Schutze! Abzug!“ Abg. Schönerer erhebt sich mit seiner Wache und beginnt mit ihr auf den Tribünebel loszuschlagen, bis dieser zertrümmert ist. Abrahamowicz giebt mit der Hand ein Zeichen, gleich darauf sieht man neue Polizisten im Lauffchritte herbeieilen, sie treten bei der Thür in den Saal, bei der sich der Sitz Schönerers befindet. Schönerer erklärt, er werde den Herren das Gesicht leicht machen, und verläßt mit ihnen den Saal, rufend: „Hurrah Germania!“

Gegen 1 1/2 Uhr wurde die Sitzung aufs neue eröffnet, aber der Tumult dauerte fort, es war nicht möglich zu verhandeln, der Präsident wurde mit Schmähungen überhäuft, mehrere sozialistische Abgeordnete von den Polizeibeamten abgeföhrte.

Bei Einbruch der Dunkelheit fanden an verschiedenen Stellen der Stadt Studentenansammlungen statt, die gegen den Grafen Badien, das Präsidium und die Majorität des Abgeordnetenhanse demonstrieren. Die ganze Studentenschaft war auf den Beinen und hielt die Polizei drei volle Stunden in Alhem. Kaum war sie hier zerstreut, so war sie bald darauf wieder wo anders und demonstrierte durch Abföhren der „Wacht am Rhein“ und durch Rufe gegen Wadeni. Das Publikum ergriff Partei für die Studenten. Vor dem Palais Wadeni fand um 7 Uhr eine Kagenmüß statt. Die Polizei nahm viele Verretirungen vor. Gegen 1 1/2 Uhr trat Ruhe ein in den Straßen. Fast alle Abendblätter wurden konfisziert.

Der Fall Dreyfus

hält die Bevölkerung Frankreichs nach der Ankunft des Oberst Picquart noch mehr in Erregung als bisher, aber wenn man hoffte, es werde mit der Ankunft desselben Aufklärung erfolgen, so hatte man sich geirrt, es wird von Seiten Picquarts wie von Seiten der Militärbehörde so strenge Disziplin geübt, daß die Reporter nicht einmal erfahren konnten, in welchem Hotel der Kolonel abgesehen ist. Picquart verblieb Morgens bei seiner Ankunft in Paris noch zehn Minuten im Zuge und flog erst aus, als alle Reporter, die ihn erwartet, sich schon enttäuscht entfernt hatten. Der Kolonel wurde Vormittags und Nachmittags vom General Pellieux verhört. Am Vormittag wurde er auch mit Stierhag konfrontiert. Nachmittags erschienen zahlreiche vorgeladene Zeugen, aufsehende Offiziere in Zivil; darunter sollen mehrere Offiziere der Garnison von Alen als Regimentskameraden Stierhags gewesen sein. Das Gebäude des Plakommandos an der Place Vendome, wo die Untersuchung stattfindet, ist für jeden nicht Vorgeladenen abgeperrt. Drei Journalisten, denen es trotzdem gelang, bis in das Wohnzimmer des Generals Pellieux zu dringen, wurden umfamt an die Luft gefoßt. Picquart wird überwacht. Es liegt nur die Vernehmung des Mannes vor, welcher das Bordereau in dem Papierford der deutschen Botschaft gefunden zu haben vorgiebt. Der Mann ist ein untergeordneter Beamter des Kriegsministeriums.

Die Mehrzahl der Blätter äußert sich sehr scharf über die Hausföhrung in der Pariser Wohnung des Oberleutnants. So schreibt „Radical“: „Man hat einen Stabschöf, den Oberleutnant Henry, der der Polizeihandlung beimohte, gezwungen, die Listen eines niedrigen Polizisten anzuwenden, man hat ihn in einen Fölschnüßler verkleidet, man hat ihn ins Haus Picquarts geschickt, um dort unter der Ausrede des Spürens nach Schmutzstreifschöfzern zu wühlen, er hat seine Signatur erlitten und den Pörtner anfügen müssen; er hat seinen demüthigenden Leidensgang bis ans Ende verfolgt, dieselbe Lüge von Stodwerk zu Stodwerk, von Thür zu Thür schleichend. Dagegen erheben wir uns im Namen der Wahrheit, der der französischen Uniform geböhrt, im Namen des Vaterlandes, das man in der Person seiner Vertheidiger demüthigt.“

Die „Patrie“ stellt dagegen ausnahmsweise der Regierung ein Wohlverhaltenszeugniß aus, weil sie die Hausföhrung bei Picquart nach vor seiner Ankunft vornehmen ließ. Diese Operation sollte übrigens geheim gehalten werden. Es wird berichtet, der Kriegsminister habe erst nach vollendeter Thatsache durch den General de Pellieux davon erfahren, der aus eigener Machtvollkommenheit die Maßregel angeordnet hatte. Die Verurtheilung, welche der General Billot am Dienstag sowohl im Justizministerium, als im Ministerium des Innern machte, sollen mit der Operation zusammenhängen.

Nach nach den letzten Nachrichten des „Temps“ tritt das Kriegsministerium den Gerüchten über seine Theilnahme an der Voruntersuchung mit der Erklärung entgegen, es wische sich nicht in den Gang derselben und wisse nichts Näheres darüber. Es habe in der Angelegenheit bloß zwei Schritte gethan, indem es dem Gouverneur von Paris die Anklage des Mathias Dreyfus gegen Stierhag übermittelte und auf Ansuchen des Generals de Pellieux den Oberleutnant Picquart, der ohne Bewachung reise, nach Paris beschied.

Aus dem Reiche.

Wie aus Mainz gemeldet wird, hat einer dortigen Zeitung zufolge das Kriegsministerium einen Plan ausgearbeitet, wonach die Festungswerke von Mainz fallen sollen und dieses eine offene Stadt werden soll. — Aus der Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1879 sind nach den Angaben der städtischen Gewerbe-Deputation mit den Zinsen des eine halbe Million Mark betragenden Kapitals im abgelaufenen Geschäftsjahre gewährt worden: 8650 Mark Stipendien an 42 Personen, sowie zur Beschaffung von Schulentföhrten und Lehrmitteln für unbemittelte Schüler 500 Mk. und aus den Erträgen des zur Veranstaltung von Vorträgen bestimmten Fonds 1500 Mark an die Polytechnische Gesellschaft. Die Bilanz der Stiftung schließt mit einer Einnahme von 523 492 Mark und einer Ausgabe von 520 397 Mark ab. Es verbleibt danach ein auf das folgende Jahr übertragener Dispositionsfonds von 3095 Mark. — Der Berliner Arbeiterverein nahm am Donnerstag nach lebhafter Besprechung eine Erklärung an, worin gegen den Beschluß der Stadtverordneten, die Besetzung der städtischen Lehrer, protestirt wird. Der Verein beauftragte seinen Vorstand, beim Magistrat vorzulegen zu werden, dem Beschluß der Stadtverordneten seine Zustimmung zu veröagen und nöthigenfalls den Magistrat zu ersuchen, das Mißverhältniß für Berliner Volksschullehrer auf 1500 Mark festzusetzen. — In der westpreussischen Landwirtschaftskammer hat der frühere Reichstagsabgeordnete Rittergutsbesitzer Polz-Barin in einer Rede gegen die Fortbildungsschulen, die nach seiner Ansicht den letzten Rest patriarchalischer Zustände auf dem Lande föhren, den Anspruch gethan: „Die dümmsten Arbeiter sind die besten.“ Der Spökende, Herr v. Puttkamer-Plauth, protestirt zwar gegen diesen Anspruch, aber er war auch der Ansicht, daß die Bildung der Volksknechte genüge. „Wo sich ein gewisser Wohlstand gebildet habe, finde

sich die Bildung von selbst.“ Der Antrag auf Errichtung von landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen wurde von der Kammer abgelehnt. — Die württembergische Landessynode nahm das Reformationengesetz in zweiter Lesung mit 43 gegen 13 Stimmen unverändert an.

Deutschland.

Berlin, 27. November. Der Generalsynode ist der Entwurf eines Kirchengesetzes, betreffend das Einkommen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen zugegangen. Nach § 2 des Entwurfes beläuft sich das Grundgehalt für die am 30. September 1897 bestehenden Pfarrstellen, je nachdem das Einkommen an diesem Tage betrug: unter 3000 Mark (Klasse I) auf mindestens 1800 Mark, 3000—3899 Mark (Klasse II) auf mindestens 2400 Mark, 3900—4199 Mark (Klasse III) auf mindestens 3000 Mark, 4200—4499 Mark (Klasse IV) auf mindestens 3600 Mark, 4500 bis 4799 Mark (Klasse V) auf mindestens 4200 Mark. Diejenigen Stelleninhaber, welche das fünfte Dienstjahr vollendet haben, erhalten Alterszulagen, welche die Grundgehälter in fünfjährigen, nach dem Dienstalter bemessenen Abschnitten um je 600 Mark steigern, bergestalt, daß dieselben ein Einkommen von vollendeten 5. Dienstjahr ab von 2400 Mark, zu beziehen haben: in Klasse I bei einem Grundgehalt von 1800 Mark vom vollendeten 10. Dienstjahr ab von 3000 Mark, vom vollendeten 15. Dienstjahr ab 3600 Mark, vom vollendeten 20. Dienstjahr ab 4200 Mark, vom vollendeten 25. Dienstjahr ab 4800 Mark. In entsprechender Weise steigt das Grundgehalt durch die Alterszulagen in den anderen Klassen bis zu 4800 Mark. Die 25 Paragraphen des Entwurfes verbreiten sich des Weiteren über Dienstwohnungsverhältnisse, Sterbes, Grabdenkmäler u. s. w. Beigefügt sind dem Entwurf Satzungsberechtigungen der Alterszulagen für die Geistlichen. Derselbe wird von einem Vorstande und einem Verwaltungsausschuß als selbstständiger Fonds verwaltet. Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, die dauernd errichteten Pfarrstellen, welche a) am 30. September 1897 ein Einkommen von weniger als 4800 Mark hatten, b) am 1. Oktober 1897 oder später mit einem Einkommen von weniger als 4800 Mark errichtet sind oder werden, bei der Alterszulagenklasse behufs Gewährung von Alterszulagen zu versichern. Die Kirchengemeinden haben für jede versicherte Alterszulagenklasse von 600 Mark je 30 Mark Alterszulagenbeiträge jährlich an die Alterszulagenkasse zu entrichten. Der Evangelische Oberkirchenrat wird mit der Ausführung des obigen Kirchengesetzes beauftragt.

In den Organen der Berliner Zeitung des Bundes der Landwirthe werden mit Nichtachtung auf die Wahl des Gutspächters v. Tungen in Oldenburg-Bism die holländischen Bauern wegen ihrer „Müthe und politischen Reife“ belobt. Die „Nat.-Lib. Kor.“ bringt dazu in Erinnerung, daß zur selben Zeit, wo in Polen der zweite Vorsteher des Bundes, Gutspächter Dr. Möbde-Gersdorff betonte, daß die Bundesleitung auf den großen Mitteln, einschließlich der Getreidesperre, bestehen müsse, der Abg. v. Tungen ausdrücklich erklärt hat, daß er sie verwirft.

Frankreich.

Paris, 26. November. Vor dem Ausschusse der Deputirtenkammer zur Vorbereitung des deutsch-französischen Zogelabvertrages machte heute der Minister des Aeußeren Hanotaux einige Angaben über die dem Abschlusse des Vertrages vorhergehenden Verhandlungen, welche auf das Wesen und die Tragweite des Vertrages Schlaglichter warfen. Gelegentlich erwähnte der Minister mit ein paar Worten, daß die zwischen Frankreich und England zur Ordnung der damit zusammenhängenden Frage des Nigerbogens eingeleiteten Verhandlungen regelmäßigen Fortgang nehmen; die französische englische Kommission habe noch heute eine neue Sitzung ab. Nachdem der Minister die Kommission verlassen hatte, nahm letztere den Bericht des Deputirten Deloncle an und genehmigte, daß der Bericht der Kammer vorgelegt werde. In demselben heißt es: „So findet sich die schon seit 10 Jahren, seit der Mission Vinger, angebahnte Verbindung unserer Beziehungen im Sudan mit Dahomey verwirklicht; so sind also durch einen neuen hochbedeutenden internationalen Akt unsere Rechte auf das ganze Hinterland von Dahomey bestätigt worden, die wir nicht weniger wegen der durch unsere Waffen für die Einführung der Zivilisation in Nieder-Dahomey geleisteten Dienste als auch auf Grund von Verträgen und auf Grund unserer thätigsten Vöföhrgeleistungen im Nigerbogen beanspruchen. Also wird zu gleicher Zeit die Freiheit unserer Verbindungen mit dem mittleren Nigere bestätigt und ebenso unser klar dargelegter Entschluß, dem Werke der ruhmvollen Hejade von Föhrern, Kolonialbeamten, Offizieren und Soldaten Achtung zu verschaffen, welche nach einander diese weiten und reichen Landströche durchquert, eingenommen und organisiert haben, also off für den Preis ihres eigenen Lebens. So endlich ist jetzt die Zeit der kolonialen Wettbewerben in Afrika zwischen Frankreich und Deutschland abggeschlossen. Dieses Abkommen vom 23. Juli hat endgültig jede Vöforang vor einem Grenzstreit zwischen diesen beiden Mächten im Westen Afrikas beseitigt.“ Der Bericht schließt, die Kommission bitte einstimmig die Kammer, das Abkommen vom 23. Juli 1897 anzunehmen, indem sie (die Kommission) ihre Anerkennung dem Geiste der Föhrerdienste und der Methode der Agenten und Unterhändler zolle, welche seit dem Jahre 1837 dieses große Unternehmen leiteten, und indem sie (die Kommission) diesen Männern auch ihrerseits ihr Vertrauen ausdröcke, welches schon das Parlament und das Land ihnen bewiesen habe, als es ihnen aufgab, dieses Unternehmen zu vollenden und zu einem guten Abschluß zu föhren.

England.

London, 23. November. „Ball Mail Gaz.“ erfährt aus Rom, daß zwischen dem Vatikan und dem französischen Kabinett ein Meinungsaustrausch über die Landung der Deutschen in Kroatien im Schwange liege. Frankreich, der Führung Englands folgend, habe abgelehnt, sich dem englischen Vöforat in den chinesischen Gewässern in Protest gegen die Landung anzuschließen.

Newyork, 26. November, Abends 6 Uhr		
	26. 24.	
Danm o l l e in Newyork .	51 ¹³ / ₁₆	51 ¹³ / ₁₆
do. Lieferung per Dezember .	—, —	5,63
do. Lieferung per Februar .	—, —	5,73
do. in Neworleans	5,25	5,25
P e t r o l e u m , raff. (in Saffes)	5,95	5,95
Standard white in Newyork	5,40	5,40
do. in Philadelphia	5,35	5,35
Credit Balances at Oil City .	65,00	65,00
Schmaltz Western Grow	4,59 1/2	4,47 1/2

Weizen krumm.	101,87	100,12
Rothe Winterweizen loco . .	101,87	98,87
per November	100,12	98,87
per December	100,37	98,62
per Januar	100,37	98,87
per Mai	96,00	94,62
Raffee No Nr. 7 loco	6,12	6,12
per December	5,80	5,15
per Februar	5,50	5,40
Wehl (Spring-Wheat clear)	3,95	3,85
Mais fest,		
per November	32,50	32,12
per December	32,00	31,62
per Mai	35,00	34,62
Rupfer	10,75	10,85
Zinn	13,70	13,75
Getreidefracht nach Liverpool	4,25	4,25
Chicago, 26. November.	26,	24,
Weizen krumm, per November	99,00	95,87
per December	99,50	96,12
Mais fest, per November . .	26,12	26,00
Vork per November	7,25	7,20
Spect Sport clear	4,50	4,50

Telegraphische Depeschen.
Berlin, 27. November. Zu dem Konflikte Deutschlands mit China wird aus London gemeldet, daß der deutsche Gesandte Baron Heyling in Peking die Forderungen der deutschen Regierung überreichte. Dieselben schließen ein die Entschädigung und Hinzurechnung der Mörder der deutschen Missionäre, Verhaftung aller beteiligten Beamten, Wiederaufbau der zerstörten Missionsgebäude und Entschädigung von 600 000 Taels an die Verwandten der Ermordeten. Außerdem verlangt Deutschland Entschädigung für die Fottenegepdition und Erhaltung der in Kiaofschau gelandeten Besatzung. China erwiderte, Kiaofschau müsse geräumt werden, ehe man über die deutschen Forderungen diskutieren könne. Der deutsche Gesandte lehnte diese Bedingung ab, weshalb die Verhandlungen ins Stocken gerathen sind. Der kommandirende chinesische General von Kiaofschau, welcher sich unter dem Schutz der deutschen Besatzung gestellt hatte, soll von dem chinesischen Kriegsministerium zum Tode verurtheilt worden sein.

— Bei den gestern stattgehabten Stichwahlen zur Stadtordnendenversammlung wurden gewöhnt drei Liberale, ein Antiksimt und ein Sozialdemokrat. Die Liberalen haben damit von

Flottenexpedition und Gehaltung der in Kiautschau gelandeten Besatzung. China erwiderte, Kiautschau müsse geräumt werden, ehe man über die deutschen Forderungen diskutieren könne. Der deutsche Gesandte lehnte diese Bedingung ab, weshalb die Verhandlungen ins Stocken gerathen sind. Der kommandirende chinesische General von Kiautschau, welcher sich unter den Schutz der deutschen Besatzung gestellt hatte, soll von dem chinesischen Kriegsministerium zum Tode verurtheilt worden sein.

— Bei den gestern stattgehabten Stichwahlen zur Stadtverordnetenversammlung wurden gewährt drei Liberale, ein Antisemit und ein Sozialdemokrat. Die Liberalen haben damit von

mit den übrigen deutschen Oppositionsparteien wegen gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen.

Wien, 27. November. (Privat-Telegramm.) Vor Beginn der heutigen Sitzung wogten kolossale Menschenmengen vor dem Parlaments-, Universitäts- und dem Reichsrathsgebäude. Ein starkes Aufgebot von Polizei Schritt ein und nahm wiederholt Verhaftungen vor. Prääsident Abrahamowicz eröffnet um 10¼ Uhr die Sitzung, von der Linken mit anhaltenden Rufen: „Psui, hinaus!“ begrüßt. Viele Abgeordnete der Linken sammelten sich vor dem Ministeritz und den Bänken der Regierungsvertreter. Abg. Lecher rief: „Lasset die Polizeiwache kommen!“ Hierauf entstand ein kolossaler Lärm.

Geordnete Wolf, welcher sofort verhaftet und ins Polizeipräsidium geführt wurde. Nach Wiederaufnahme der Sitzung entstand neuer Spektakel. Abrahamowicz schließt endgültig die Sitzung.

Sieben finden bei der Unübersicht Zusammenstöße der Polizei mit den Studenten

Eger, 27. November. Hier fanden gestern Abend große nationale Demonstrationen wegen der Vorgänge im Parlament statt. Unter Abkündigung des Liedes „Die Wacht am Rhein“ durchsungen große Menschenmassen die Stadt, und find Ausbreitungen nicht vorgekommen.

Paris, 27. November. Nach dem „Echo de Paris“ war gestern Abend nichts Neues in der Dreifus-Anglegenheit zu verzeichnen.

Paris, 27. November. Das Kolonialministerium giebt eine offizielle Note aus, welche besagt, daß eine Delegation im Ministerium einzufließen sei, welche über ein Zusammenreffen zwischen französischen und englischen Truppen bei Afrika berichtet.

Madrid, 27. November. Aus Havanna wird gemeldet, daß 204 aufständige Führer sich unterworfen haben. Der Generalkapitän der Philippinen meldet ferner, daß die aufständigen Führer sich schon haben, in ihre Provinzen zurückzuziehen.

Konstantinopel, 27. November. Die Friedenskonferenz hat gestern beschlossen, daß die rechtlichen Beziehungen zwischen den Serben und Mohammedanern nach dem türkisch-serbischen Uebereinkommen von 1890 geregelt werden.